

Organisiert den Kampf gegen die Brüningdiktatur!

Sozialdemokraten als Unterstücker

Abbau der Krankenkassenleistungen in zahlreichen Städten mit den Stimmen der SPD-Vertreter beschlossen / Nur die KPD vertritt die Interessen der Versicherten / Werbt, agitiert für den Sieg der Liste 4!

Der Ausschuss der Ortskrankenkasse der Stadt Leipzig beschloß am 22. August 1930 mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Unternehmer, gegen die Stimmen der kommunistischen Versichertenvertreter, die Brüning'sche Notverordnung in Bezug auf die Krankenversicherung ohne Änderungen anzunehmen und durchzuführen.

Auch in Plauen stimmten die Sozialdemokraten mit den Unternehmern gegen die Stimmen der Kommunisten dem Unterstückerantrag an den Kranken und den Verschlechterungen des Versicherungsgesetzes zu und lehnten die Anträge der Kommunisten ab.

Täglich erklärt die sozialfaschistische Presse, daß es die Sozialdemokratie sei, die allein gegen die Brüning'sche Diktaturverordnungsmaßnahme kämpft und die jeden Anschlag auf die sozialpolitische Gleichgültigkeit abgewehrt habe. Die obige Meldung der Zustimmung der sozialdemokratischen Versichertenvertreter zu dem Unterstückerantrag widerlegt schon die elenden Wählügen der SPD-Presse.

Unterstücker Wiffell

Die Vorschläge zu der Brüning'schen Diktaturverordnung wurden bereits im Herbst 1929 von dem damaligen sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffell ausgearbeitet und in einem vertraulichen Referententwurf den Kreisen der Unter-

stützungsräuber zugestellt. Keine der Verschlechterungen, die jetzt in Brüning's Diktaturverordnung enthalten sind, hat in dem Referententwurf Wiffell's gefehlt. Ja, in einzelnen Fragen verlangte Wiffell sogar noch weitergehende Verschlechterungen.

So verlangte Wiffell in seiner Denkschrift die Beteiligung der Zahlung von Krankengeld an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen, er verlangte die Einführung einer generellen Karenzzeit von 3 Tagen.

Auch die direkte Kürzung des Krankengeldes war in Wiffell's Entwurf vorhanden. Ging doch sein Vorschlag dahin, wie er jetzt in der Brüning'schen Verordnung verankert ist, daß für die ersten 6 Wochen nur ein Krankengeld von 50 Prozent des Grundlohnes bezahlt werden soll.

Die Heranziehung der Versicherten zur Zahlung der Kosten für Arznei- und Heilmittel, die Uebernahme von 50 Prozent der Kosten für Arznei- und Heilmittel der Familienmitglieder war mit einer der wesentlichen Bedingungen, die Wiffell in seinem Entwurf gehabt hat.

Der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, der Sozialdemokrat Lehmann, machte bereits auf dem 32. Deutschen Krankentag in Breslau im Jahre 1928 den Vorschlag, eine grundsätzliche Herabsetzung der Krankenkassen herbeizuführen, eine Herabsetzung, wie sie dann Wiffell in seinem Entwurf verarbeitete.

Lehmann, die rechte Hand Wiffell's, war es auch, der den Vorschlag machte, für die Ausstellung eines Krankenscheines eine Mark von dem Versicherten zu erheben.

Wie bei den Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung, so hatte auch bei der Durchführung der Verschlechterungen für die Krankenversicherung die Sozialdemokratische Partei die initiale Führung.

Wie die Sozialdemokratie „für“ die Kranken „eintritt“, das zeigen uns die Ausschüttungen der Krankenkassenverbände in den letzten Tagen. Der Paragraph 187b des Krankenkassenversicherungsgesetzes stellt es den Krankenkassen frei, die zu zahlende Gebühr für einen Krankenschein zu ermäßigen oder zu erhöhen. In Plauen stellten die kommunistischen Versichertenvertreter den Antrag, den Betrag für einen Krankenschein auf 25 Pf. zu er-

Gammlung in den Buchdruckbetrieben für den Wahlfonds

(Teilergebnis)

Zocher	7,30 RM
Reuwig (1. Rate)	20,—
H. B. Schulz	5,—
Klemm	6,50
Baensch-Stiftung	13,85
Teubner	6,50
Römmel & Jonas	13,35
Wahlfondsmarken	8,60
<hr/>	
	81,10 RM

mäßigen und die Kassenleistung für Arzneikosten für die Familienangehörigen auf 70 Prozent festzusetzen. Dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. In Leipzig gingen die SPD-Leute sogar dazu über, jede Diskussion zur Brüning'schen Diktaturverordnung abzumürgen.

Die Leipziger Volkszeitung vom 27. August bringt auf der 1. Seite in großer Aufmachung unter der Ueberschrift „Selbstverständlich müssen sie zahlen!“ eine Antwort auf einen ihr ausgegangenen Brief eines Arbeiters, in der sie am Schluß erklärt: Die Brüning'sche Notverordnung muß durchgeführt werden, gegen den Unterstückerantrag läßt sich nichts machen.

Hilferding für Regerversteuer

So wie Wiffell den Raub auf die Taschen der Arbeitslosen und Kranken organisierte, so war es Hilferding, der zuerst die Regerversteuer und die kommunale Getränkesteuer forderte. Hilferding's Steuerprogramm wurde von Moldenhauer übernommen und wird jetzt in seiner ganzen Konsequenz von Brüning durchgeführt. Die Sozialdemokraten leugnen dies ab, sie erklären, daß sie die schärfsten Gegner der Regerversteuer seien. Die ganze Verlogenheit der sozialdemokratischen Politik, ihren streppelosen Betrat an den Interessen der Arbeiter mußte selbst der Klassenkampf vom 15. März 1930, die Halbmonatschrift der Leute um Seydewitz und Böhm, eingestehen. In dieser Nummer schrieb Heinrich Ströbel über den Betrat der Sozialdemokratie folgendes:

„Auch Hilferding wollte das Bier und den Tabak um zusammen 400 Millionen RM höher belasten und er rechnete noch mit einer Kopfsteuer (Regerversteuer) oder einer kommunalen Getränkesteuer.“

In Baden hat die Sozialdemokratie unter Führung ihres Ministers Remmele eine Kopfsteuer von 10 RM beschlossen.

Organisiert den Vorstoß gegen den Versicherungsraub!

Das Attentat der Brüning-Regierung auf die Krankenversicherung muß von der Arbeiterschaft mit dem stärksten Abwehrkampf beantwortet werden. Ein Massensturm der Arbeiter muß einlegen. Überall muß der Kampf organisiert werden unter der Forderung: Die Diktaturverordnung wird nicht durchgeführt. In allen Orts-, Betriebs- und Ortskrankenkassen müssen die Versichertenvertreter der KPD und der SPD, müssen die Klassenbewußten parteilosen Arbeiter erlangen, daß die Krankenkassen keine der Bestimmungen der Brüning'schen Verordnung in Kraft setzen.

Küßlingslos müssen die Arbeiter den sozialdemokratischen Führern und den reformistischen Bonzen die Waage vom Geißel zeigen, sie müssen der Arbeiterschaft aufzeigen, daß all jene Maßnahmen der Regierung Brüning nur möglich waren auf Grund der Betratspolitik der Sozialdemokratie, auf Grund der Unterstützung der Bourgeoisie durch die Sozialdemokratie.

So wie bei allen Kämpfen um Arbeit und Brot nur die kommunistische Partei und die kommunistische Presse auf Seiten der Arbeiter stehen, so wird auch in diesem Kampf nur die kommunistische Partei und ihre Vertreter die Organisation des Kampfes gegen die Brüningverordnung durchführen.

Keine haatverhaltenden Bonzen, keine Minister und Vorgesetzten, keine Generale, Direktoren und Aufsichtsräte schlägt euch die kommunistische Partei als Kandidaten zum Reichstag vor, sondern Arbeiter aus den Betrieben, aus den sozialpolitischen Massenorganisationen, aus den Warenhäusern und aus den Bergwerken.

Die Kandidaten der kommunistischen Partei Sachsen, an der Spitze die Genossen Käbel, Gräß, Fritz Hebert und Ernst Scheller, sind die Vertrauensleute der Arbeiter, Erwerbslosen, Angehörigen, Keinen Geschäftsleute, die Kandidaten der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Marchiert mit ihnen, so wie sie mit euch marchieren! Werbet Wahlhelfer für die Liste 4!

Organisiert den Kampf gegen die sozialpolitische Reaktion!

Kämpft für ein Sowjetdeutschland!

Am 14. September alle Stimmen der Liste 4!

Die SPD wollte 1 Mark für den Krankenschein!

Das Organ des Diktaturkanzlers Brüning „Die Germania“ schreibt am 20. August: „Die Reform der Krankenversicherung ist keineswegs willkürlich vom Jaune gebrochen. Sie wurde im Gegenteil von allen Beteiligten für notwendig erachtet...“

Tatsächlich waren im Laufe der letzten Jahre gewisse Uebelstände verschiedener Art offenbar geworden... Diese Tatsachen und Zusammenhänge haben u. a. auch die Reformvorschlüge bestimmt, die Lehmann, der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen e. V., also der sozialistischen Organisation, schon im Jahre 1928 auf dem 32. Deutschen Krankentag in Breslau vorgebracht hat. Jene Uebelstände sind es auch gewesen, die den sozialdemokratischen Arbeitsminister Wiffell veranlaßt haben, sogenannte Richtlinien für eine Herabsetzung der Krankenversicherung herauszugeben, die bereits im November 1929 mit den beteiligten Verbänden der Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Vereine usw. besprochen worden sind. Auf diesen Richtlinien und Vorarbeiten seines Amtsvorgängers baute der Reichsarbeitsminister Stegerwald den Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung auf, den er dem Reichstag zur Beratung vorgelegt hat... Lehmann sagte auch, es sei nicht unerwünscht, daß die von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführte preußische Regierung im Reichsrat sogar für die in der Regierungsvorlage enthaltene höhere Krankenscheingebühr von 1 RM gestimmt hat, um nicht der Regierung die vorgezeichneten Expansionsmöglichkeiten zu verschließen... Daß die Bestimmungen der Notverordnung der Regierung in mehreren Punkten sogar hinter den Vorschlägen des geschäftsführenden Vorstandes des Hauptverbandes der Krankenkassen, eben jenes Herrn Lehmann zurückblieben, verschweigen die sozialdemokratischen Kritiker schamhaft. So hatte Lehmann verlangt, das Krankengeld nur solchen Kranken zu gewähren, deren Arbeitsunfähigkeit objektiv nachweisbar ist. Somit ist die Regierung in ihrer Verordnung nicht gegangen... Die sozialdemokratische Presse leugnet diese feststehenden Tatsachen ab!

Arbeiter und Arbeiterinnen! So belügt und betrügt euch die SPD! Gebt den sozialfaschistischen Spitzhunden und Lügner am 14. September die richtige Antwort!

Gebt die Quittung! Wählt Kommunisten, Liste 4!

Erwerbslose, Alarm!

Schon wieder droht Abbau der Unterstützung

Seit dem 1. August ist die Hungerverordnung Brüning's in Kraft. Die Arbeitsämter sind eifrig dabei, die neuen Bestimmungen durchzuführen, d. h. Tausenden und aber Tausenden die Unterstützung zu verweigern oder zu kürzen. Bereits in der ersten Wochenhälfte ist trotz Steigerung der Arbeitslosigkeit um 80 000 die Zahl der Unterstützungsempfänger um 3000 in der Arbeitslosenversicherung gesunken worden. Und schon wieder drohen die Unternehmern mit neuen Abbaumaßnahmen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 27. 8. 30 schreibt:

„Die im diesjährigen Reichshaushalt vorgesehene Mittel des Reiches von 185 Millionen Mark Zuschüssen und 140 Millionen Mark Darlehen sind bereits jetzt zum größten Teile verbraucht. Durch die unangünstige Arbeitsmarktlage des Sommers war die Reichsanstalt gezwungen, den Gesamtbetrag der im Haushaltsplan vorgesehene Zuschüsse schon jetzt in voller Höhe in Anspruch zu nehmen.“

Es wird dann weiter darauf hingewiesen, daß auch der Darlehenbetrag und die Einkünfte aus der vorgenommenen Beitragserhöhung auf 4 1/2 Monate bis Ende Oktober verbraucht seien. Für die letzten 3 Monate des laufenden Staatjahres ergebe sich ein ungedeckter Mehrbedarf der Reichsanstalt von etwa 400 Millionen RM. Die Notverordnung sieht vor, daß für die Deckung dieses Mehrbedarfs höchstens die Hälfte an Zuschüssen aus der Reichskasse geleistet werden soll. Der andere Teil muß durch Erhöhung oder durch Staffeln der Beiträge von den Versicherten aufgebracht werden. Um den Bedarf zu decken, ist eine Beitragserhöhung um 2 bis 2,5 Prozent notwendig, so daß der Gesamtbeitrag auf rund 7 Prozent festgelegt werden muß. Das Unternehmertum schreibt dazu:

„Ein solcher Prozentsatz ist aber nicht nur für die Unternehmer untragbar, sondern auch für die Arbeitnehmer; schon heute werden den Sozialversicherungspflichtigen rund 15 Prozent ihres Lohnes an Versicherungsbeiträgen einbehalten. Eine Ueberbelastung dieses Betrages erscheint undurchführbar.“

Die „Bergwerkszeitung“ gibt hier die ungeheure Belastung der Arbeitenden durch die Beiträge zur Sozialversicherung zu. Die Sozialfaschisten führen in der gegenwärtigen Wahlkampagne mit besonderer Vorliebe die „sozialen Leistungen“ der Sozialversicherung an. Sie verschweigen aber, daß die Arbeiter die vielen Milliarden, die im Jahre für soziale Zwecke verwendet werden, aufbringen müssen. Auch das blöde Argument der so-

zialfaschisten: die Kommunisten kämpften gegen die „sozialen Erwerbslosen“ der Demokratie, weil sie die Beiträge zu den sozialen Versicherungen ablehnten, zerfällt.

Aus dem Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung“ geht aber klar und eindeutig hervor, daß die Unternehmer nicht nur eine neue Beitragserhöhung, sondern auch einen neuen Unterstützungsabbau in der Arbeitslosenversicherung durchführen wollen.

Diese Drohung der Unternehmer gegen die Arbeitslosen und Betriebsarbeiter muß ein Alarmzeichen sein für die Vorbereitung und Organisation eines energiegelassen Abwehrkampfes.

Am 10. September, dem Tage des deutschen Arbeitslosen, werden die Millionenarmen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter aufmarschieren, um für ihre Forderungen: Lebensunterhalt mit vollem Lohnausgleich, höhere Löhne und ausreichende Versorgung für alle Arbeitslosen, zu demonstrieren.

Rüttner-Proleten werden wachgerüttelt

(Arbeiterkorrespondenz)

Pirna. Ein ganz besonders gutes Propagandamittel sind die „Liegenden Verammlungen“. Nachdem vor kurzem eine solche vom Betrieb Othuschendorf in Langenhennersdorf stattgefunden hatte, veranstaltete die Ortsgruppe der KPD auch eine solche am 19. August vor der Kamilleidenpinnerie Rüttner. Die beim Schichtwechsel die Arbeit verlassenden Arbeiter und Arbeiterinnen tauschten den Ausführungen unserer Genossen Scholz, welche in eingehender Weise die Lage der Textilarbeiter schilderte und die sich hieraus ergebenden politischen Schlussfolgerungen besonders betonte. Selbst bekannte SPD-Bonzen vom Rüttner-Betrieb ließen am Tore stehen und nahmen somit an der Versammlung teil. Nachdem die Genossen Scholz noch insbesondere auf den sozialistischen Aufbau Rüttners hingewiesen hatte, der trotz der Dege aller kapitalistischen Staaten immer härter vorwärts geht, wurde die Versammlung geschlossen. Der Aufforderung, für ein Sowjetdeutschland zu arbeiten und zur Erreichung dieses Zieltes die kommunistische Partei zu stärken und am 14. September die Liste 4 zu wählen, werden die ausgemergelten Proleten Rüttner (1901)

Rüstet zum 16. Internationalen Jugendtag am 6. Sept.
in Pirna, Bautzen, Burgstädt, Annaberg, Zwickau und Leipzig!